

# Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller\*in: KV Mecklenburgische Seenplatte  
Beschlussdatum: 10.04.2021

## Änderungsantrag zu PB.L-01

### Von Zeile 688 bis 692:

Biodiversitätskrise wollen wir sowohl die Forschung für ökologisches Saatgut stärken als auch neue Ansätze fördern. Gentechnikfreie Produktion ~~muss~~ und Ernährung müssen durch vorsorgeorientierte Zulassungsverfahren und Kennzeichnungspflicht für neue und alte Gentechnikverfahren geschützt ~~bleiben~~ und gefördert werden. Die Opt-out-~~Richtlinie~~ Regelung der EU-~~Gentechnik-Richtlinie~~ setzen wir vollständig in nationales Recht um und werden sie flächendeckend wahrnehmen. Die Risiko- und Nachweissforschung sowie innovative Ansätze, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, werden

## Begründung

Die Grünen setzen sich weiterhin für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und für volle Transparenz bei der Ernährung ein. In der EU wird gegenwärtig darüber diskutiert wie neue Gentechnikverfahren (z.B. CRISPR-Cas, auch Gene-Editing genannt) zu regulieren sind. Nach einem Urteil der Europäischen Gerichtshofes, dass es sich hierbei um gentechnisch veränderte Organismen im Sinne der EU-Richtlinie handelt, fordern interessierte Kreise, die EU-Richtlinie so zu verändern, dass diese Verfahren nicht mehr unter die Risikoprüfung und Kennzeichnungspflicht der Gentechnik-Richtlinie fallen. Die Opt-Out Regelung in der EU Gentechnik-Richtlinie besagt, dass Mitgliedstaaten auch dann den Anbau (die Freisetzung) von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren auf ihrem Territorium untersagen können, wenn diese auf EU-Ebene grundsätzlich genehmigt wurde.